

## DIE DEUTSCHE BANK

# Die Dirigentin am Main

Ende Mai bekommt die Deutsche Bank eine neue Führung: Josef Ackermann übergibt die Amtsgeschäfte einer neuen Doppelspitze. Schaffen es die deutsche Politik und die deutsche Gesellschaft nun, sich aus der Umklammerung durch die Bank zu lösen?

VON WOLFGANG STORZ, FRANKFURT

Die Deutsche Bank ist eine Bank wie jede andere. Sie verdient in der Regel sehr viel Geld, in Krisen wie in Zeiten der Hochkonjunktur, über Tochtergesellschaften in allen Steueroasen, via Provisionen bei der Spekulation mit Nahrungsmitteln, mit dem langweiligen täglichen Kreditgeschäft. Sie verdient immer, vorausgesetzt, die Märkte sind in Bewegung, ob nach unten oder nach oben ist egal – nur Stillstand schadet der Rendite.

Und doch ist die Deutsche Bank eine besondere Bank: Sie ist das einzige deutsche Geldinstitut, das weltweit eine nennenswerte Rolle spielt. Und in Deutschland selbst ragen ihre RepräsentantInnen im öffentlichen Bewusstsein als natürliche BeraterInnen jeder Bundesregierung heraus.

So wird der Wechsel in der Führung Ende Mai aufmerksam verfolgt. Zumal er sich nicht elegant, sondern in Etappen eruptiver Machtkämpfe vollzieht. Als müsse dieser Apparat mit annähernd 100 000 MitarbeiterInnen und einer Bilanzsumme von etwa 1,9 Billionen Euro verdauen, was sich in den vergangenen Monaten ereignet hat: Erst unterlag der jetzige Vorstandsvorsitzende Josef Ackermann mit seinem Lieblingskandidaten Axel Weber, ehemals Präsident der Deutschen Bundesbank. Dann musste Ackermann eine Nachfolge akzeptieren, die er selbst nie gewählt hätte: Anshu Jain, der Leitwolf der Investmentbanker, die in manchen Jahren bis zu achtzig Prozent des Gesamtgewinns der Bank erwirtschafteten, und Jürgen Fitschen, der deutsche Nobody.

## Rückkehr der Investmentbanker

Und nun zeigt sich auch noch, dass die beiden Neuen die Spitze der Bank kräftig umbauen, während Ackermann noch im Amt ist und zu allem zähneknirschend schweigen muss. Vor allem Vertraute von Jain werden nach oben gerückt, Vertraute von Ackermann müssen gehen. Offenes Geheimnis ist: Jürgen Fitschen, 63 Jahre alt, wird noch zwei, drei Jahre mit dabei sein, danach will Jain die Phase der Doppelspitze hinter sich lassen.

Was wird aus der Deutschen Bank? So viel Turbulenzen gab es bisher selten. Und was es auch noch nie gab: Alle Neuigkeiten stehen in den Medien, zuallererst in der «Bild»-Zeitung, zu der Ackermann und seine Leute beste Kontakte haben und pflegen. Das heisst: Die Welt der Deutschen Bank ist momentan nicht so hermetisch nach aussen abgeriegelt wie sonst. Es gibt Täuschungsmanöver, die auf Machtkämpfe hinweisen, wobei – sehr vereinfacht ausgedrückt – die eine Fraktion, die der traditionellen DeutscherBankerInnen, den befürchteten Durchmarsch der anderen Fraktion, der Investmentbanker, zu verhindern versucht.

Beim Führungswechsel von Ackermann zur Doppelspitze Jain/Fitschen geht es im Kern um zwei Fragen: Wie stark werden künftig die Investmentbanker sein? Ackermann hat in den vergangenen zwei, drei Jahren vieles getan, um der Bank eine neue Balance zu verordnen: weniger risikantes Investmentbanking – das er zuvor selbst so stark gemacht hatte – und mehr klassisches Kredit- und Privatkundengeschäft. Die zweite Frage: Welche Rolle wird diese Deutsche Bank künftig im deutschen Macht- und Regierungsgeflecht spielen? Ackermann lieferte mit seinen Teams die Blaupausen für die Finanzmarkt- und Bankenrettungspolitik der Bundesregierung von Angela Merkel. Die Regierung unternahm nichts, was den Interessen dieser Bank zuwiderläuft. Wer aber liefert künftig die Vorgaben? Anshu Jain und seine Teams?

Oder nutzt die Politik gar diesen Übergang, um sich zu befreien – aus dem von der Deutschen Bank mit Analysen, Konzepten und Roadmaps gebauten Gedankengefängnis? Oder lockert sie wenigstens die Gitterstäbe? Denn Einfluss und Macht einer solchen Institution sind nicht gottgegeben. Einen Teil davon verdankt die Deutsche Bank auch Ackermann selbst: seinem unermüdlichen Netzwerken, ob im Kanzleramt, bei den Parteien, bei den Medien von der «Zeit» bis «Bild», seiner zusätzlichen Autorität in seiner Rolle als Präsident des Weltbankenverbands. Mit ihm fällt erst einmal auch sein von ihm gestricktes Netz weg. Jain hat zwar bei Spitzenpolitikerinnen und Spitzenmanagern wie Merkel, Wolfgang Schäuble, Siemens-CEO Peter Löscher und vielen anderen bereits seine Antrittsbesuche absolviert, aber mehr auch nicht. Es könnte ein neues Spiel beginnen.

## Die Deutsche Bank regiert

Jeder und jede halbwegs informierte BürgerIn weiss, dass Banken zu viel Einfluss auf die demokratisch gewählten Regierungen haben. Das hat Gründe. Banken sind nichts anderes als Gefässe für den Reichtum der Reichen eines Landes. Mit Reichtum ist immer potenzielle Macht verbunden. Das bekommen alle zu spüren, die versuchen, privaten Reichtum zu verringern – jeder Ansatz kommt einer Kampfansage an die Eliten gleich.

Die Deutsche Bank, institutionalisierte Sachwalterin und Speerspitze der deutschen und internationalen Reichtumseliten, repräsentiert geliebene Macht, aber auch eigene: Denn sie entscheidet mit, wie und wo die vielen Hunderte Milliarden Euro angelegt werden. Und wohin sich die Politik bewegt. Ein paar Beispiele: Die Teilprivatisierung der Rente (vgl. «Der grosse Erfolg der Fi-

nanzindustrie» auf [www.woz.ch](http://www.woz.ch)) in Deutschland wurde wesentlich von den Interessen der Banken und der Finanzdienstleister geprägt. Der Umbau des traditionellen Finanz- und Bankenwesens zu einer hochriskant spekulierenden Finanzindustrie – verwirklicht von der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder (SPD) in den Jahren 1999 bis 2004 – fiel ebenfalls im Sinn der Banken- und Finanzmarktbranche aus; teilweise schrieben Fachleute der Finanzbranche direkt an den Gesetzesentwürfen mit.

Dieser Einfluss zeigt sich auch darin, dass alle Banken für systemrelevant erklärt und mit Steuergeldern gerettet wurden. Er zeigt sich darin, dass die heutige Krise nicht mehr Finanzmarkt- und Bankenkrise, sondern Staatsschuldenkrise heisst. Und er zeigt sich nicht zuletzt darin, dass sich alle Regierungen als eine wichtige Konsequenz aus der Krise vornahmen, die Banken zu verkleinern, um ihnen Einfluss und Wirkung zu nehmen. Was ist aus diesem Vorhaben geworden?

## Die Geschichte

Die Deutsche Bank wurde 1870 als Aktiengesellschaft mit dem Ziel gegründet, die deutsche Wirtschaft verlässlich mit langfristigen Krediten zu versorgen. Bald verkörperte sie die enge Verbindung von Wirtschaft und Politik. Auch während des Dritten Reichs spielte die Bank wirtschaftlich eine entscheidende Rolle. Und sie profitierte nach heutigen Erkenntnissen von mindestens 330 Zwangsverkäufen jüdischer Unternehmen.

1948 wurde die Deutsche Bank von den Alliierten zerschlagen und im Westen in zehn regionale Institute aufgliedert; in der DDR wurde sie verstaatlicht. 1957 erfolgte in Frankfurt am Main die zweite Gründung – bald galt die Bank als Synonym für das «deutsche Wirtschaftswunder».

Ende der achtziger Jahre folgte mit der systematischen Internationalisierung und dem Einstieg in das Investmentgeschäft ein Kurswechsel. Heute macht die Bank ihre Milliardengewinne mit dem Handel auf eigene Rechnung oder im Auftrag von Pensionsfonds, Versicherungen – und der Superreichen.

Die Deutsche Bank ist heute nicht kleiner und schwächer, sondern via Zukäufe noch viel einflussreicher und grösser als vor der Krise.

## Im Dienst des Vaterlands

Die 1870 gegründete Bank war von Anfang an eng mit der Regierung verquickt. Ein paar Beispiele aus der Nachkriegszeit:

- In den fünfziger und sechziger Jahren hat Hermann Josef Abs (vgl. «Immer mit dabei») den damaligen Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) nicht nur beraten. Abs hat auch 1953 beim Londoner Schuldenabkommen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs die Verhandlungen im Auftrag der Bundesregierung geführt.

- Eine solche Beziehung zwischen Staat, Wirtschaft und Politik war nicht Ausnahme, sondern Regel. Helmut Schmidt (SPD) erinnerte jüngst daran: Auch er habe als Bundeskanzler (1974–1982) zu internationalen Finanz- und Währungskonferenzen nicht einen Bundesminister, sondern einen Vertreter der Deutschen Bank geschickt, um die Interessen von Deutschland zu vertreten.

- Alfred Herrhausen wiederum, ab 1985 an der Spitze der Deutschen Bank, war einer der engsten Berater des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl (CDU); er wurde Ende November 1989 von der RAF ermordet. Herrhausen war der erste (und bisher einzige) Vorstandssprecher, der offen über die Macht der Deutschen Bank sprach: «Natürlich haben wir Macht. Es ist nicht die Frage, ob wir Macht haben oder nicht, sondern wie wir damit umgehen, ob wir sie verantwortungsbewusst einsetzen oder nicht.»

- Auch Josef Ackermann, von 2002 bis 2006 erst Sprecher des Vorstands und seit 2006 alleiniger Vorstandsvorsitzender, geht selbstverständlich im Kanzleramt ein und aus; zahllose, auch nächtliche Krisen- und Beratungstelefonate mit der Kanzlerin inklusive. Dass sich da zwei gefunden hatten, zeigte sich im April 2008, als Merkel Ackermann ins Kanzleramt einlud, um mit ihm und weiteren zwanzig von ihm ausgewählten Gästen seinen 60. Geburtstag nachzufeiern.

Die deutschen KanzlerInnen und Regierungen haben in den Repräsentanten der Deutschen Bank immer ganz selbstverständlich ihre Ratgeber und kompetenten Experten gesehen – und nicht das, was sie wirklich sind: Interessenvertreter in eigener Sache. «Dass es Aufgabe der Deutschen Bank sei, die Interessen der Bundesrepublik Deutschland zu vertreten, darüber war man sich früher einig, ohne es auszusprechen», schrieb Helmut Schmidt Mitte Juli 2011 in seinem Hausblatt «Die Zeit». Ob das die Repräsentanten der Deutschen Bank selbst je auch so gesehen haben? Haben sie etwa je eine Position vertreten, die Deutschlands Interessen nützte und denen der

Deutschen Bank schadete? Umgekehrt selbstverständlich schon.

Die Deutsche Bank habe schon immer viel mehr Geld und Ressourcen in die politische Lobbyarbeit gesteckt als die anderen Banken, sagt der renommierte Finanzjournalist Lucas Zeise. Systematisch seien auf der Führungsebene die eigenen Bedürfnisse und Interessen analysiert worden, diese dann in politische Vorgaben und letztlich in operative juristische Vorlagen gegossen worden – Politik und Staat hätten sie nur noch annehmen und dann verwirklichen müssen.

## Der ausgelieferte Staat

Dass die vielen Wechsel zwischen Regierungsamt und Bankjob für viele ManagerInnen so reibungslos vonstatten gehen können, hat viel mit dem Zustand des Staatswesens zu tun. Und war schon lange absehbar gewesen. Bereits im Februar 1996 sagte der damalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Hans Tietmeyer, am Wef in Davos: Er habe den Eindruck, «dass sich die meisten Politiker immer noch nicht darüber im Klaren sind, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen».

Wissenschaftler wie der Lobbyforscher Rudolf Speth, zurzeit Professor an der Universität Kassel, weisen seit Jahren darauf hin, dass insbesondere das Bundesfinanzministerium gerne auf ExpertInnen der Finanzbranche zurückgreift, weil die hauseigenen Kompetenzen unzureichend sind. Beispiele dafür bieten die Finanzmarktförderungs- und Investmentmodernisierungsgesetze, mit denen Hedgefonds erstmals auch in Deutschland zugelassen und Steuererleichterungen für Investmentfonds durchgesetzt wurden. Für deren Ausarbeitung in den Jahren 2002 bis 2004 wurden unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung MitarbeiterInnen des Bundesverbands Investment und Asset Management (BVI), der Deutschen Börse und des Bankenverbands in das Bundesfinanzministerium abgeordnet.

Die BankenexpertInnen füllten eine Lücke. Über Jahrzehnte hinweg wurde das früher wenigstens teilweise noch vorhandene Know-how der öffentlichen Behörden und Ministerien abgebaut; der Staat habe sich aus der Wirtschaft herauszuhalten, lautete die herrschende Ideologie. Heute ist das Wirtschaftsministerium nur noch eine leere Hülle. Das Finanzministerium kann ohne die Hilfe externer (und interessengebendener) Anwaltskanzleien nicht ein einziges Finanzmarktgesetz entwerfen. Und greift auf Anwaltskanzleien wie Freshfields Bruckhaus Deringer zurück. Diese mit 2500 AnwältInnen viertgrösste Kanzlei der Welt gilt als sehr bankennah und beriet beispielsweise die Deutsche Bank bei deren jüngstem Zukauf, dem Erwerb der Privatbank Sal. Oppenheim.

Eine funktionierende Demokratie bräuchte, besonders in solchen Zeiten, hochkarätige und der öffentlichen Sache verpflichtete ExpertInnen. Die öffentlichen Institutionen sind jedoch so ausgeblutet, dass sie das Wissen, das ihnen die Banken liefern, nicht einmal kritisch beurteilen können. «Die öffentliche Hand, die Ministerien und Verwaltungen hatten noch nie den Sachverstand, um den Banken Paroli zu bieten», sagt der Journalist und Buchautor Lucas Zeise. «Die sind von der Expertise der Banken abhängig. Und vor allem von der Deutschen Bank.»

Am Wissenstropf der Deutschen Bank und ihrer MitstreiterInnen hängt die öffentliche Finanzbürokratie noch immer. Im vergangenen Jahr hatte Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble handfeste Probleme, wichtige Positionen in seinem Ministerium überhaupt zu besetzen. Die Europa- und die Grundsatzabteilung waren wie die Abteilung für internationale Währungsfragen über Monate ohne Leitung. Und so sollen laut einem Bericht des ARD-Fernsehmagazins «Monitor» «Mitarbeiter des Bundesministeriums der Finanzen Vorschläge zur Lösung der Griechenlandkrise direkt aus einem Papier der Deutschen Bank beschrieben haben».

## Ressourcen und Netze

Früher kontrollierte die Deutsche Bank über ihre Aufsichtsratssitze die deutsche Industrie, heute bindet sie bisherige und potenziell neue Kundinnen, Verbandsfunktionäre und einflussreiche VertreterInnen von Politik und Wirtschaft als BeirätInnen an die Bank. Sie hat ein Gremiensystem entworfen, dem – so der Finanz- und Bankjournalist Hermannus Pfeiffer, Autor eines Standardwerks über die Deutsche Bank – mindestens 600 Mitglieder angehören; der Buchautor Friedhelm Schwarz spricht gar von einem «Netzwerk der Dankbarkeit».

Wissenschaftslobbying spielt ebenfalls eine zunehmend wichtige Rolle. Mit Gutachten und Umfragen von sogenannten unabhängigen

Instituten und ExpertInnen versucht die Bank, jene Glaubwürdigkeit zu erzielen, die mit unverhohlener Werbung und Interessenvertretung im eigenen Namen nicht erreicht werden kann. DB Research, das wirtschaftswissenschaftliche Institut der Bank, spielt dabei eine wichtige Rolle: Zeitweise mehrmals pro Woche nimmt das Institut, in dem sieben Teams Schwerpunktthemen bearbeiten, Stellung zu aktuellen wirtschaftspolitischen Ereignissen.

Wozu das gut ist, war vor einigen Monaten in der «Zeit» zu lesen: Bundeskanzlerin Angela Merkel habe Mitte September 2011 «den Austausch mit den Top-Volkswirten der Finanzbranche» gesucht. Mit dabei war natürlich auch Thomas Mayer, Chefvolkswirt der Deutschen Bank. Mayer stellte ein Modell vor, wie sich das Volumen des Euro-Rettungsfonds (EFSF) vergrössern liesse, «ohne neue Finanzmittel bei den nationalen Parlamenten beantragen zu müssen». Also ein Vorschlag im Interesse der Banken und ein Vorschlag, mit dem die Regierungen gleichzeitig die demokratisch gewählten Parlamente aushebeln könnten.

Aber das ist noch nicht alles. Die Deutsche Bank hat auch das in Frankfurt ansässige Deutsche Aktieninstitut (DAI) mitgegründet, ist am Bundesverband deutscher Banken beteiligt, lässt ihre Interessen vom Bundesverband Investment und Asset Management (BVI) vertreten und spielt eine zentrale Rolle beim Internationalen Bankenverband, dem Institute of International Finance (IIF). Präsident dieser einzigen weltweiten Vereinigung von Finanzinstituten, der die 400 wichtigsten Banken und Versicherer der Welt angehören, ist seit 2003 Josef Ackermann.

## Abwarten beim Schuldenschnitt

Welche Funktion das IIF einnimmt, zeigte sich Ende Juli 2011, als auf einem der zahlreichen Brüsseler Gipfel zum Thema «Schuldenschnitt in Griechenland» über ein Modell beraten wurde, das das IIF ausgearbeitet hatte; Ackermann nahm an diesem Gipfel persönlich teil. Zuvor hatte sich der Geschäftsführer des IIF mit den Vorsitzenden des EU-Wirtschafts- und Finanzausschusses (WFA) getroffen, um über die Beteiligung privater Gläubiger an der Rettung Griechenlands zu beraten; der WFA berät wiederum die europäischen FinanzministerInnen. Nach einem Bericht des «Wall Street Journal» wurde beim Treffen beschlossen, ein Papier des IIF als Roadmap zu benutzen, um «die nächsten Schritte zur Beteiligung privater Banken abzustimmen».

Da die Politik tat, was ihr die Deutsche Bank riet – allen Bedrängten, ob Banken oder Staaten, mit viel Geld zu helfen und vorläufig nur keinen Schuldenschnitt zu machen –, hatte die Bank in den vergangenen zwei, drei Jahren genügend Zeit, riskante Engagements abzubauen: Seit dem Herbst 2011 rechnet sie bei ihren Investitionen in Griechenland, Irland, Italien, Spanien und Portugal nur noch mit einem Ausfall von fünf Milliarden Euro. Ähnlich ging die Deutsche Bank auch im Fall Irland vor: Als Irland in die Krise stürzte, wurde die Regierung in Dublin von der EU, insbesondere von Angela Merkel, unter den EU-Rettungsschirm gedrängt. Zuerst hatte Dublin gar keine EU-Hilfe in Anspruch nehmen wollen; zumindest ein Teil der irischen Banken sollte in Insolvenz gehen. Doch das wollte Merkel nicht. Warum? Die deutschen Banken, allen voran die Deutsche Bank, hatten damals noch hohe Engagements in Irland und bei irischen Banken.

## Eine eigene Welt

Mithilfe der Politik, die «gegenüber den Maximen der Finanzmärkte weitgehend abgedankt» habe, sei eine Banken- und Finanzmarktwelt entstanden, «die ganz selbstverliebt in die Rationalität der eigenen Fiktionen und Simulationen ist», eine Welt, «die weit entfernt ist von der Berührung mit der ökonomischen Wirklichkeit, wie sie sich in der Gesellschaft zeigt», sagt der Soziologe Sighard Neckel, der mit anderen WissenschaftlerInnen wie Claudia Honegger im Jahr 2009 via Intensivinterviews ein soziologisches Sittengemälde der FinanzmarktakteurInnen zeichnete (siehe WOZ Nr. 43/10).

Ackermann gehörte nicht zu den Interviewten, aber sein Denken und Handeln bestätigt diese Abkopplung von der realen Welt und jeglicher Verantwortung ihr gegenüber. So sagte er Anfang 2004 zu Beginn eines spektakulären Prozesses: «Dies ist das einzige Land, in dem diejenigen, die Erfolg haben und Werte schaffen, deswegen vor Gericht gestellt werden.» Ackermann stand damals wegen Untreue vor Gericht. Dazu passt auch, dass er – angesprochen auf die Ursachen der Finanzmarktcrise – heute zwar vage «Irrtümer» einräumt, mehr aber auch nicht.

In aller Selbstverständlichkeit schiebt er vielmehr anderen, vor allem der Politik, die Schuld zu. Er spricht stets von «der Staatsschuldenkrise», für die «ursächlich» nicht Unternehmen und Finanzmärkte verantwortlich seien, sondern die Staaten, die sich zu hoch verschuldet hätten. Gewiss, so räumt er manchmal ein, habe sich die Verschuldung einiger Staaten durch die Bankenrettung erhöht, aber das sei nicht entscheidend gewesen, die Staatsschulden seien bereits zuvor viel zu hoch gewesen – dabei lag sie in Ländern wie Irland und Britannien vor der Finanzmarktcrise bei 25 respektive 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

So kommt es, dass Ackermann ebenso eisern wie selbstverständlich am Ziel von 25 Prozent Rendite auf das Eigenkapital vor Steuern festhält: Dass sich die Ursachen der Krise in dieser Ziffer verdichtet widerspiegeln, liegt weit ausserhalb seiner Gedankenwelt. Im Jahr 2005 erreichte Ackermann das erste Mal diese Kennziffer; seither ist seine Amtszeit untrennbar mit diesem öffentlich proklamierten Ziel verbunden, das aggressive Geschäftsmethoden zur Folge haben musste, weil es mit dem normalen Kundenkreditgeschäft nicht zu erreichen ist.

## Der Kniefall der Medien

Noch ist offen, ob der neue starke Mann diesen Herausforderungen gewachsen ist. Anshu Jain, 1963 in Indien geboren, hat als Investmentbanker zwar viel für die Rendite der Deutschen Bank und die Dividende ihrer AktionärInnen – darunter die Credit Suisse Group – getan, aber auch allerlei Probleme geschaffen, mit denen sich die Bank noch jahrelang herumschlagen muss. Gleichwohl rollten ihm die deutschen Qualitätsblätter bereits den roten Teppich aus.

Geradezu ergriffen schilderten die «Zeit»-Autoren Mark Schieritz und Arne Storn im September 2011 unter der Überschrift «Der Unfassbare», wie Jain und sein Vorstandskollege Fitschen die Entscheidung des Aufsichtsrats im Saal «in Turm A» entgegennehmen, einem der glasverspiegelten Zwillingstürme nahe der Taunusanlage in Frankfurt. Unter Jains Führung sei «die Deutsche Bank zu einem der aggressivsten Investmenthäuser auf dem Globus» geworden, heisst es anerkennend im «Zeit»-Artikel. «Anshu Jain ist einer der erfolgreichsten Banker der Welt. Eine Gewinnmaschine. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank aber ist mehr als der oberste Finanzmann des Landes. Er ist Ansprechpartner der Kanzler und Ratgeber der Konzerne.» Und: Er sei ein Mann, «der die Deutschen überraschen wird – und fordern».

## Das Webangebot

Auf der WOZ-Website finden Sie den für die Printausgabe stark gekürzten Beitrag zur Deutschen Bank in voller Länge. Der Webartikel enthält neben weiteren Fakten und Belegen auch die Kapitel «Verkleidet als Experten», «Der fließende Ämterwechsel», «Wie sich die Deutsche Bank kleinmacht» und Beispiele der zivilgesellschaftlichen Opposition gegen die Deutsche Bank: «Hände weg vom Acker, Mann!»

Ausserdem bietet die Onlineausgabe einen kurzen Beitrag zur Geschichte der Deutschen Bank und eine Fallstudie, die sich mit der Teilprivatisierung der deutschen Altersvorsorge zugunsten der Finanzdienstleistungsbranche befasst.

Wer JournalistInnen hat, die vor der heiligen Institution Deutsche Bank so eloquent knien, der braucht keine ÖffentlichkeitsarbeiterInnen mehr. Im «Handelsblatt» war Anfang Februar Ähnliches zu lesen. Im Mai beginne «ein denkwürdiges Experiment», «bei dem beide Teilnehmer bis an ihre Grenzen werden gehen müssen». Der eine, «Jain, der Händler, muss lernen, dass er künftig zwei Interessen zu dienen hat: dem Interesse seiner Bank und dem jener Nation, die seinem Haus Namen und Heimat gibt». Und «den Deutschen», so geht es schwülstig weiter, müsse zugemutet werden, «dass sie den Anderen als den Ihren akzeptieren». Deutschland und Jain seien enger verbunden, «als es beiden heute bewusst sein dürfte». Denn: «Scheitert Jain, ist auch Deutschland beschädigt.»

Zu diesem Satz passt vorzüglich die Bilanz von Sighard Neckel: «Die Götterdämmerung der Banker hat nicht stattgefunden.» Die Götter sind wiederauferstanden, und die Deutsche Bank regiert weiter.

## PROWOZ

Dieser Artikel wurde ermöglicht durch den Recherchierfonds des Fördervereins ProWOZ. Dieser Fonds unterstützt Recherchen und Reportagen, die die finanziellen Möglichkeiten der WOZ übersteigen. Er speist sich aus Spenden der WOZ-LeserInnen.

Förderverein ProWOZ, Postfach, 8031 Zürich, PC 80-22251-0